

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 2, 2025

1. Niedersachsen

1.1. Bischöfe und Ministerpräsident gratulieren Muslimen zum Ramadan

Vertreter aus Politik und Kirche haben den Muslimen in Niedersachsen zum Beginn des Fastenmonats Ramadan Grüße übermittelt. „Die bevorstehende Zeit des Ramadan bietet eine wertvolle Gelegenheit, Zeichen der Solidarität zu setzen“, schreibt Ministerpräsident Stephan Weil (SPD): „Es ist der Moment, Brücken zu bauen, das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen und Glaubensrichtungen zu vertiefen und gemeinsam den Weg zu einer starken, geeinten Gesellschaft zu gehen.“

Landesbischof Ralf Meister erinnerte daran, dass die christliche und die muslimische Fastenzeit in diesem Jahr fast genau übereinander liegen. „Das kommt sehr selten vor, und es ist ein schönes Zeichen unserer Verbundenheit.“ Das Fasten sei eine Zeit der Besinnung auf das Wesentliche: „Ich lasse die überflüssigen Dinge weg und konzentriere mich auf Gott und die Mitmenschen, nicht auf das eigene Ego, die eigenen Bedürfnisse und den eigenen Vorteil.“ In Zeiten, in denen die rücksichtslose Durchsetzung der eigenen Interessen immer mehr in Mode komme, klinge das „seltsam politisch“, so Meister.

Der katholische Hildesheimer Bischof Heiner Wilmer hob die vielfältigen Begegnungen zwischen Christen und Muslimen hervor. „Seit vielen Jahren wird der christlich-islamische Dialog mit großem Verständnis füreinander sowie mit einem sehenden Herzen geführt“, schreibt er. „Der gemeinsame Glaube an einen barmherzigen Gott gibt uns die Hoffnung und Zuversicht auf einen respektvollen Umgang miteinander.“ Wer an die Barmherzigkeit und Liebe Gottes glaube, dürfe sich nicht von Hass und einfachen Wahrheiten verführen lassen ([mehr](#)).

1.2. Religionswissenschaftlerin: Der 7. Oktober belastet das Miteinander an deutschen Schulen

Nach Ansicht der Religionswissenschaftlerin Nina Käsehage belasten der Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und der Nahostkonflikt das Miteinander an deutschen Schulen.

„Viele Lehrkräfte sind verunsichert, wie sie den Konflikt im Unterricht angesichts der zum Teil hoch-emotionalen Stimmung thematisieren sollen“, sagte Käsehage im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Sie leitet das vom Haus der Religionen in Hannover initiierte Projekt „Der globale Konflikt im Klassenzimmer – Antisemitismus trifft auf antimuslimischen Rassismus“ (s. Mitteilungen 9/2024, S. 1).

Das Haus der Religionen verfüge „als einzigartige Bildungseinrichtung über sachbezogene Informationen zu den Themen Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus“, so Käsehage. Ziel des vom niedersächsischen Kultusministerium finanzierten Projekts sei es, Lehrkräfte zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen Unterrichtsmaterialien zu entwickeln. Dazu hospitierte man in den Unterrichtsfächern, die sich mit den Themen Judentum, Islam, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus befassen, und führe Interviews mit der Lehrer- und Schülerschaft. Auf Basis der empirischen Erhebungen würden dann Weiterbildungen und Handreichungen für die Lehrkräfte entwickelt.

Wichtig seien darüber hinaus Social-Media-Trainings, die Lehrkräfte und die Schülerschaft dabei unterstützen, Fake News und Desinformationskampagnen zu erkennen. „Besonders Schülerinnen und Schüler müssen davor geschützt werden, extremistische Inhalte unreflektiert zu übernehmen“, so Käsehage ([mehr](#)).

1.3. Was sonst noch war

– Göttingen: Gesellschaft für bedrohte Völker warnt vor Verharmlosung der neuen syrischen Machthaber ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Zentralrat der Muslime bestätigt neuen Vorsitzenden

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) hat einen neuen Vorstand gewählt. Auf seiner Vertreterversammlung bestimmten die Anwesenden den bisherigen Interimsvorsitzenden Abdassamad El Yazidi zum neuen Vorsitzenden.

Zu seinen Stellvertretern wurden die ATIB-Generalsekretärin Özlem Basöz und der ZMD-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Samir Bouaissa, gewählt. Als Generalsekretär wurde der stellvertretende NRW-Vorsitzende Aladdin Beiersdorf-El Schallah berufen, als Schatzmeister der bayerische ZMD-Landesvorsitzende Mohamed Abu El-Qomsan. Zudem wurden vier Beisitzer gewählt.

El Yazidi, der den Posten des Vorsitzenden im vergangenen Juni zunächst vorübergehend von seinem Vorgänger Aiman Mazyek übernommen hatte (s. Mitteilungen 8/2024, S. 2), erklärte, der ZMD werde den interreligiösen und insbesondere den jüdisch-muslimischen Dialog intensivieren und einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. „Wir lassen uns nicht von der Spaltung durch rechtsradikale Kräfte beeinflussen, sondern setzen weiterhin auf Dialog, Zusammenhalt und ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft.“

Zugleich beschloss die Vertreterversammlung den Ausschluss des Islamischen Zentrums München und der Muslimischen Studenten Vereinigung. Dieser Schritt sei „aus vorsorglich rechtlichen Gründen“ erfolgt, „da wegen den auf einer Vertreterversammlung im Mai 2023 gefassten Beschlüssen Klagen anhängig sind.“ Seinerzeit waren die beiden Vereinigungen aufgrund ihrer Nähe zur Muslimbruderschaft ausgeschlossen worden, so der Zentralrat ([mehr](#)).

2.2. Terroranschlag in München: Familie der Opfer wendet sich gegen Instrumentalisierung

Nach dem Anschlag in München hat sich die Familie der beiden Verstorbenen gegen eine Instrumentalisierung des Todes von Mutter und Tochter gewandt. Man wolle nicht, dass deren Tod benutzt werde, „um Hass zu schüren und ihn politisch zu instrumentalisieren“, heißt es in einem Statement, das auf der Seite der Stadt München veröffentlicht wurde. Die Tote arbeitete als Ingenieurin bei der Landeshauptstadt München. Sie stammte ursprünglich aus Algerien ([mehr](#)).

Die Ingenieurin und ihre zweijährige Tochter waren bei dem Attentat so schwer verletzt worden, dass sie zwei Tage später im Krankenhaus starben. Mindestens 37 weitere Menschen wurden verletzt, als ein 24-jähriger Afghane mit seinem Auto in eine Demonstration der Gewerkschaft Verdi fuhr. Die Ermittler gehen davon aus, dass die Tat einen islamistischen Hintergrund hat.

Bei einer Trauerfeier in der Münchner Frauenkirche sprachen neben dem Münchner Erzbischof Reinhard Marx und dem evangelischen Landesbischof Christian Kopp auch der Rabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde München, Shmuel Aharon Brodman, und der Penzberger Imam Benjamin Idriz. Er betete: „Oh Gott, führe die Irregeleiteten und Gewalttäter zurück auf Deinen Weg, jene, die Deinen Namen missbrauchen, Hass zu säen, Blut zu vergießen, Unheil zu stiften“.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte, es dürfe keinen Generalverdacht geben. „Wir haben so viele großartige Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land, sie alle gehören zu Bayern.“ Zugleich forderte er in der „Bild am Sonntag“ sofortige Verhandlungen mit den Taliban. Die Außenministerin müsse direkt mit den Taliban über Abschiebeflüge reden. „Es braucht jede Woche einen Flug.“ Er wies darauf hin, dass es in Bayern fast 2.000 ausreisepflichtige Afghanen gebe. Knapp 200 von ihnen seien schwere Straftäter. „Ausreisepflichtige Afghanen müssen unser Land rasch verlassen, und der Neuzugang über Visa-Vergaben muss auf absehbare Zeit gestoppt werden“, forderte der CSU-Chef. „Erst Aschaffenburg, jetzt München: Es reicht. Deutschland braucht einen Afghanistan-Sofortplan.“

Der Attentäter von München hatte sich nach Angaben der Behörden rechtmäßig in Deutschland aufgehalten. Wie aus einem Gerichtsurteil gegen die Ablehnung seines Asylantrags aus dem Oktober 2020 hervorgeht, soll er über seine Fluchtgeschichte gelogen haben. Im April 2021 erließ die Stadt München jedoch einen Duldungsbescheid und im Oktober 2021 eine Aufenthaltserlaubnis.

Kurz nach dem Anschlag in München tötete ein Syrer im österreichischen Villach mit einem Messer einen 15-jährigen und verletzte fünf Menschen. Der 23-jährige Täter habe sich offensichtlich innerhalb kürzester Zeit im Internet radikalisiert, sagte der österreichische Innenminister Gerhard Karner. „Es handelt sich hier um einen islamistischen Anschlag“ mit Bezug zum sogenannten „Islamischen Staat“. Ein 42-jähriger Syrer verhinderte durch sein couragiertes Eingreifen weitere Opfer ([mehr](#)).

2.3. Schweden: „Koranverbrenner“ Salwan Momika erschossen

Der als „Koranverbrenner“ bekannt gewordene Iraker Salwan Momika ist in der Nähe von Stockholm von Unbekannten erschossen worden.

Die Tat ereignete sich einen Tag vor dem Abschluss des Gerichtsverfahrens gegen Momika und seinen Gefährten Salwan Najem. Die beiden Männer hatten im Sommer 2023 mehrmals öffentlich Korane verbrannt und dadurch heftige Proteste in der muslimischen Welt ausgelöst. Auf Antrag Pakistans hatte sich der UNO-Menschenrechtsrat mit den Taten beschäftigt und eine Resolution zur „Bekämpfung von religiösem Hass“ verabschiedet. Im Irak hatten Randalierer die schwedische Botschaft gestürmt und Feuer gelegt (s. Mitteilungen 7/2023, S. 1–2).

Nach Medienberichten verfolgten mehr als 2.000 Zuschauer einen Tag vor der geplanten Urteilsverkündung den täglichen Handy-Livestream Momikas auf Tiktok. Er habe eine kurze Raucherpause angekündigt und sei dazu vermutlich auf den Balkon gegangen, hieß es. Im Stream seien ein Schuss und ein kurzer Schrei zu hören gewesen, gefolgt von vier weiteren Schüssen. Wenig später seien Beamte in der Wohnung eingetroffen, die das Handy entdeckten und ausschalteten.

Über die Täter ist bisher nichts bekannt. Fünf Personen, die zunächst festgenommen worden waren, ließ die schwedische Polizei wieder frei. Sie seien allesamt nicht polizeibekannt, und es gebe keine Indizien für eine Tatbeteiligung, hieß es ([mehr](#)).

Momika war 2018 als Flüchtling nach Schweden gekommen. Er stammte aus einer christlichen Familie. Im Irak hatte er Berichten zufolge einer Miliz angehört, die gegen den sogenannten Islamischen Staat kämpfte. In Schweden bekundete er mehrmals Sympathien für die rechtsextreme Partei „Schwedendemokraten“. Die Koran-Verbrennungen begründete er mit Protest gegen den Islam ([mehr](#)).

2.4. Südafrika: Offen schwul lebender Imam erschossen

Der bekannte Imam Muhsin Hendricks ist in der Provinz Eastern Cape auf offener Straße erschossen worden. Er galt als erster offen schwul lebender Imam weltweit.

Zwei Männer hatten nach Medienberichten sein Auto gestoppt und aus nächster Nähe das Feuer eröffnet. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Hendricks soll auf dem Weg zu einer Hochzeitszeremonie gewesen sein, bei der er ein lesbisches Paar trauen wollte. Der 58-Jährige leitete eine Moschee, die als Anlaufstelle und sicherer Zufluchtsort für Lesben, Schwule, bi-, trans- und intersexuelle Muslime galt. Das südafrikanische „Muslim Judicial Council“ erklärte in einer Pressemitteilung ([hier](#)), man verurteile den Mord unmissverständlich, genauso wie alle Gewalttaten, die sich gegen Mitglieder der LGBTQ-Gemeinschaft richteten ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

- Weiden: Muslimische Gräber auf Friedhof geschändet ([mehr](#))
- Frankreich: Unbekannte brennen Moschee in der Nähe von Orléans nieder ([mehr](#)).

3. Video

Islamismus – Was ist das?

Religionen im Gespräch, Basics (11)

Gast: Götz Nordbruch, ufuq.de

Moderation: Wolfgang Reinbold, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4. Meinungsforschung

BAMF-Kurzanalyse: Religionszugehörigkeit und religiöse Alltagspraxis bei Geflüchteten

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat eine Kurzanalyse zur Religionszugehörigkeit und religiösen Alltagspraxis von Menschen vorgelegt, die zwischen 2013 und 2019 nach Deutschland geflohen sind. Die Analysen basieren auf den Daten der jährlichen sogenannten „IAB-BAMF-SOEP-Befragung“, insbesondere aus dem Jahr 2021. Wichtige Ergebnisse:

- Etwa 70 Prozent der befragten Geflüchteten sind Muslime, mehrheitlich Sunniten (81 Prozent). 16 Prozent sind Christen.
- Fast 90 Prozent behalten ihren Glauben. Wenn Veränderungen der Religionszugehörigkeit auftreten, betreffen diese meist die Aufnahme oder Aufgabe einer Zugehörigkeit.
- Für die meisten Befragten ist ihre Religionszugehörigkeit wichtig oder sehr wichtig (Christen 88, Muslime 79 Prozent).
- Etwa 27 Prozent besuchen mindestens einmal im Monat eine religiöse Veranstaltung, am häufigsten Christen (56,4) und Muslime (23,9 Prozent) ([mehr](#)).

5. Literatur: Neuerscheinungen

G. Jonker/M. Schlaffke, Wie man Imperium buchstabiert. Das ‚Tatarenlager‘ Weinberge 1914–1918, Göttingen 2025

L.-M. Tabaka, Orientalisches Eherecht vor deutschen Gerichten – Kompatibilität und Konfliktpotenzial. Eine Zwischenbilanz dargestellt am Beispiel der Länder Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien, Baden-Baden 2025.

Hannover, den 28.2.2025

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.